

„Milchdialog“ von Verbänden und Organisationen der Bäuerinnen und Bauern: Gemeinsames Positionspapier

Jetzt umsteuern in der Agrar(markt)politik

Die Milchviehhalter stehen - so wie die meisten Tierhalter - mit Blick auf die Themen der Zukunftskommission auf nationaler Ebene sowie die aktuellen GAP-Diskussionen und die Farm-to-fork-Strategie auf EU-Ebene vor großen politischen Herausforderungen.

Die Ausrichtung der aktuellen Agrar(markt)politik und auch der europäischen Handelspolitik, die vor allem die Unternehmen der Ernährungsindustrie begünstigt, führen dazu, dass ein so hochwertiges Lebensmittel wie die Milch nur noch als Rohstoff betrachtet wird, der möglichst billig und in ausreichender Menge vorhanden sein soll, um Verarbeiter und Handel über einen billigen Rohstoff-Einkauf wettbewerbsfähig zu machen und auch globale Märkte erobern zu können. Dass die Herstellung des Lebensmittels Milch zu europäischen Standards einen hohen Einsatz von Mensch, Tier und Natur fordert, findet sich in den Marktpreisen für die Erzeuger nicht im Ansatz wieder.

Dieser Preis- und Kostendruck hat einen hohen Effizienz- und Intensivierungsdruck auf den Betrieben zur Folge mit entsprechenden Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt. Die gesellschaftlichen Anforderungen für mehr Tierwohl, Klimaschutz, Artenvielfalt, Gewässerschutz und Luftreinheit, die mit Ordnungsrecht umgesetzt werden, führen wiederum zu höheren Kosten.

Um die gesellschaftlichen Anforderungen und die betrieblichen Herausforderungen zu einen, braucht es eine Markt- und Außenhandelspolitik, die die Billigstrategie bricht und den Höfen ein existenzsicherndes Einkommen ermöglicht und einen politischen Rahmen, der zusätzliche Leistungen honoriert.

Deshalb fordern wir:

- 1) **Im Zuge der Weiterentwicklung und Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik GAP 2020 muss auch die Gemeinsame Marktordnung GMO umgesteuert werden:** Um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern, müssen die Zielvorgaben für die Landwirtschaft mindestens auf europäischer Ebene einheitlich definiert sein. Die Ausrichtung der europäischen Agrarmarktpolitik auf weltweite Wettbewerbsfähigkeit über Billigpreise muss überdacht und umgesteuert werden. Milch und Fleisch sind – wie auch andere Agrarprodukte - keine Rohstoffe, sondern Lebensmittel. Die Leistungen der Landwirtschaft für die Gesellschaft müssen einen Marktwert erhalten.
- 2) **Es braucht politischen Nachdruck, um die Marktstellung der Milchviehhalter deutlich zu verbessern.** Zwei sehr eindeutige Berichte des Bundeskartellamts 2012 und 2016 belegen die miserable Marktposition der Milchviehhalter im Verhältnis zu den Molkereien und die nur sehr eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Milchviehhalter. Das muss sich ändern! Wir sehen, dass sich die Politik zunehmend aus der Marktgestaltung zurückziehen will und sind bereit, Eigenverantwortung zu übernehmen. Um den Milchviehhaltern eine echte, wettbewerbsstarke Interessensvertretung zu ermöglichen, ist die Milchviehhaltung als eigenständige Branche anzuerkennen und damit die Bildung einer wirkmächtigen Branchenorganisation Milchviehhaltung zu ermöglichen. Für andere Sektoren der Landwirtschaft ist dies ebenfalls denkbar und notwendig.
- 3) **EU-Agrarreform:** Das betriebliche Einkommen muss aus den Markterlösen generiert werden können. Darüber hinaus ist es notwendig, die vorhandenen finanziellen Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik zielgerichtet einzusetzen, dass Bäuerinnen und Bauern für Umweltleistungen und

Tierwohl gezielt und über den reinen Ertragsausfall hinaus entlohnt werden. Die Gelder müssen so verteilt werden, dass sie der ganzen Breite des Berufsstandes zugutekommen.

- 4) **Außenhandel für Bäuerinnen und Bauern:** Keine Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens durch Deutschland und auch keine weiteren Verhandlungen von Freihandelsabkommen der EU mit Neuseeland und mit Australien, die mehr unqualifizierte Milch- und Rindfleischimporte in die EU bringen werden. Die EU-Handelspolitik ist so auszugestalten, dass bei allen Handelsabkommen hiesige Standards und kostendeckende Erzeugerpreise in der Landwirtschaft nicht unterlaufen werden und Berufskolleginnen und -kollegen in anderen Ländern dieser Welt nicht durch unsere Exporte benachteiligt werden. Auch bereits existierende Handelsabkommen sind so zu reformieren, dass sie die Einhaltung bestehender und sich weiterentwickelnder Standards nicht unterlaufen.

Kassel, 20. August 2020

Gemeinsam gezeichnet von:



MEG NRW

MEG Rheinland-Pfalz

